



Leseprobe aus Gille, Krüger und Wéber, Einflussnahmen
der extremen Rechten – Herausforderungen für die Soziale Arbeit
in Mecklenburg-Vorpommern, ISBN 978-3-7799-6690-6

© 2022 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6690-6](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6690-6)

Inhalt

1	Einführung	7
2	Methodisches Vorgehen und Forschungspraxis	12
3	Die extreme Rechte und ihre Verbindungen in die Soziale Arbeit	17
3.1	Zu Begriff und Konzept der extremen Rechten	17
3.2	Anschlusspunkte der extremen Rechten in der Sozialen Arbeit	22
4	Die extreme Rechte in Mecklenburg-Vorpommern	26
4.1	Historischer Kurzüberblick über das Bundesland	26
4.2	Sozioökonomischer Kurzüberblick über das Bundesland	27
4.3	Extrem rechte Strukturen und Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern	31
5	Alltag mit der extremen Rechten	42
6	Formen der Einflussnahme der extremen Rechten in der Sozialen Arbeit	57
6.1	Eigene Angebote	58
6.2	Externe Einflussnahmen	74
6.3	Interne Praktiken	99
7	Gelebte Demokratie: Antworten und Gegenstrategien der Sozialen Arbeit	116
8	Soziale Arbeit und die extreme Rechte in Mecklenburg-Vorpommern: Umgang mit einer bedrohlichen Normalität	129
	Quellen	135
	Abbildungsverzeichnis	148
	Tabellenverzeichnis	148

1 Einführung

Eine Einrichtung der Demokratiebildung wird von Neonazis belagert, ein Brandsatz landet im Eingang eines Jugendzentrums, vor einer Sammelunterkunft skandieren Personen rechte Parolen, Beratungsklient:innen finden Drohschreiben in ihrem Briefkasten, bei einem Hausbesuch wird festgestellt, dass Kinder nach völkischen Idealen erzogen werden, eine Kollegin der Jugendhilfe vertritt chauvinistische Positionen, ein Kollege verweigert den Zugang zu einem Arbeitsmarktangebot aufgrund von rassistischen Stereotypen, ein Bildungsangebot löst im Internet einen Shitstorm aus, eine parlamentarische Anfrage fragt nach den Namen von Vereinsvorständen, die sich ehrenamtlich für Pluralismus und Menschenrechte einsetzen oder fordert auf, die Finanzierung des Angebots zu streichen.

Das alles sind konkrete Beispiele, die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung zu extrem rechten Einflussnahmen in der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern gefunden wurden. Situationen wie diese stehen in den folgenden Kapiteln im Mittelpunkt. Auf der Basis empirischer Daten wird erkundet, ob die extreme Rechte Einfluss auf die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern nimmt und in welchen Formen sie das tut.

Die Untersuchung reiht sich ein in eine Folge von Beiträgen, die in der letzten Zeit erschienen sind und die sich mit den Einflussnahmen der extremen Rechten in spezifischen gesellschaftlichen Sektoren beschäftigen. Nachdem lange vor allem Einstellungen und Zusammenhänge von sozialer Lage und Rechtstextremismus (z. B. Zick/Küpper 2021; Decker/Brähler 2020; Stark et al. 2017), die institutionalisierte Politik (z. B. Alin et al. 2021; Schroeder/Weßels 2019; Manow 2018) oder spezifische Szenen und Akteure der extremen Rechten (z. B. Speit 2021; Claus 2020; Röpke/Speit 2019) im Mittelpunkt sozialwissenschaftlicher Forschung standen, erhalten mit der neuen Konjunktur extrem rechter Diskurse und Praktiken auch solche Bereiche Aufmerksamkeit, die dezidiert zum vopolitischen Raum gezählt werden können. Dazu gehören bspw. die Veröffentlichungen und Untersuchungen zu den Interventionen in Gewerkschaften, Kirchen oder dem organisierten Sport (Schröder et al. 2020), zu Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen (Sehmer et al. 2021) oder zu Arbeiter:innen und der radikalen Rechten (Dörre 2020). Gerade vor dem Hintergrund der menschenfeindlichen Anschläge in Hanau, Halle und Kassel und der über 200 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 (Amadeu Antonio Stiftung, andauernd) gerät in den Blick, wie Ideologien der Ungleichwertigkeit über politische Akteure zu rechtsterroristischen Akten eskalieren (vgl. Heitmeyer/Freiheit/Stritzer 2020).

Auch in der Sozialen Arbeit ist eine neue Aufmerksamkeit für das Thema erkennbar. Mehrere Fachzeitschriften beschäftigen sich in Schwerpunkten mit der extremen Rechten, darunter die Blätter der Wohlfahrtspflege („Soziale Arbeit und Rechtsextremismus“; 1/2021), die Sozial Extra („Rechtsnationaler Autoritarismus und Soziale Arbeit“ 2/2020), das Forum Sozial („Rechts gewendet. Wo steht die Soziale Arbeit?“; 1/2020) und das Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit („Soziale Arbeit und Rechtsextremismus“; 2/2020). Einzelne Sammelbände fassen Erkenntnisse zusammen (Gille/Jagusch/Chehata 2022; Farrokhzad et al. 2021; Haase/Nebe/Zaft 2020; Fischer/Dunn 2019) und auch einige Wohlfahrtsverbände bearbeiten das Thema oder schaffen vereinzelt Strukturen zur verbandlichen Bearbeitung (Wüstefeld/Graßtorf 2022; Woltering/Höppner 2020; Paritätischer Gesamtverband 2020; Diakonie Deutschland 2018). Tagungen von Fachgruppen der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V. oder der Gilde Soziale Arbeit zeigen ebenso wie Stellungnahmen von Wissenschaftler:innen zu Vorfällen mit Studierenden oder Angriffen auf Kolleg:innen (Rat für Migration 2021; Hochschule Düsseldorf 2020; Lehrende am Institut für Soziale Arbeit BTU Cottbus 2020), dass die Beschäftigung mit der extremen Rechten an den Hochschulen und Universitäten eingesetzt hat (vgl. Ehlert et al. 2020).

Trotz der neuen Aufmerksamkeit stellen systematische empirische Untersuchungen zu Land- und Einflussnahmen in der Sozialen Arbeit jedoch noch eine Ausnahme dar. Seit den 2000er Jahren liegen eher Berichte von Einzelfällen vor, die Verbindungen und Einflussnahmen der extremen Rechten in der und auf die Soziale Arbeit nachweisen (z. B. Grigori/Trebing 2019; Lehnert/Radvan 2016; Scherr/Bitzan 2007). Sie zeigen beispielhaft, dass extrem rechte Haltungen und Praktiken sowohl bei Adressat:innen als auch bei Fachkräften vorkommen. Schon in diesen Berichten wird sichtbar: Soziale Arbeit ist nicht vor extrem rechten Einflussnahmen gefeit.

Mittlerweile beruhen einige Untersuchungen auf systematisch erhobenen Daten: Schuhmacher, Schwerthelm und Zimmermann (2021) untersuchen 262 Vorfälle politischer Interventionen von rechts in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie zeigen, wie in die Entfaltungsräume der Jugendarbeit eingegriffen und Prozesse politischer Willensbildung und Artikulation untergraben werden. Besche (2022) erkundet Einstellungen bei Studierenden Sozialer Arbeit mit dem Fokus auf rechtsextreme Haltungen. Die Forscher:innengruppe rund um Hafenegger (Hafenegger et al. 2021) zeigt auf Basis der großen und kleinen Landtagsanfragen der AfD zur Jugendpolitik, wie Soziale Arbeit auf der einen Seite angegriffen wird, wenn sie sich für Demokratie und universalistische Werte einsetzt, und auf der anderen Seite als Arena für diskursive Verschiebungen instrumentalisiert werden kann.

Auch die hier vorgestellte Studie legt systematische Erkenntnisse über die Land- und Einflussnahmen der extremen Rechten in der Sozialen Arbeit vor.

Mit der Untersuchung in Mecklenburg-Vorpommern bauen wir auf der Studie von Gille und Jagusch (2019) auf, die das Vorkommen und die Erscheinungsformen der Neuen Rechten in der Sozialen Arbeit in Nordrhein-Westfalen erkundet hat. Die Studie in Mecklenburg-Vorpommern folgt in wesentlichen Zügen der in Nordrhein-Westfalen angewendeten Methodik und auch die Auswertung schließt an die Erkenntnisse dort an. Dennoch versteht sich die Studie als eigenständige Annäherung an die Einflussnahmen in Mecklenburg-Vorpommern. Wo es sich als relevant erweist, gehen wir auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit den nordrhein-westfälischen Ergebnissen ein, ohne dass eine vergleichende Sichtweise im Vordergrund steht (für eine zusammenführende Übersicht beider Studien siehe Gille/Jagusch/Krüger/Wéber 2022).

Die Erkenntnisse zu Mecklenburg-Vorpommern beruhen auf drei Daten Grundlagen: einer Befragung von 252 Fachkräften der Sozialen Arbeit mit einem Fragebogen, Expert:inneninterviews mit 21 Fachkräften aus verschiedenen Regionen und Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit sowie einer ergänzenden Dokumentenanalyse von Anfragen der AfD im Landesparlament, die im Zusammenhang mit Sozialer Arbeit stehen. Dabei verwenden wir in dieser Studie einen weiten Begriff von Sozialer Arbeit, der Angebote von öffentlichen und frei-gemeinnützigen Trägern sowie privaten Initiativen und Organisationen einschließt, die soziale Probleme und Konflikte institutionalisiert bearbeiten. Wenn explizit Angebote der öffentlichen, frei-gemeinnützigen bzw. frei-privaten Wohlfahrtshilfe gemeint sind, benutzen wir zur besseren Abgrenzung gelegentlich den Begriff ‚etablierte Angebote Sozialer Arbeit‘. Wir gehen nicht davon aus, dass es sich bei allen Personen, die in der Sozialen Arbeit tätig sind, um ausgebildete Sozialarbeiter:innen oder Sozialpädagog:innen handelt. Stattdessen werden Stellen in der Sozialen Arbeit von Personen mit unterschiedlichen Ausbildungen besetzt, darunter Erzieher:innen, Heilpädagog:innen, Geistes- und Sozialwissenschaftler:innen. Ihre Erfahrungen werden in der Studie ebenso berücksichtigt, wie Beispiele aus benachbarten beruflichen Feldern wie der Schulpädagogik, wenn aus ihnen Rückschlüsse auf die Soziale Arbeit gezogen werden können.

Die auf der Basis der verschiedenen Datengrundlagen gewonnenen Erkenntnisse wurden in einem inhaltsanalytischen Verfahren ausgewertet und durch weitere Recherchen vertieft. Eine genauere Darstellung des *methodischen Vorgehens* erfolgt in *Kapitel 2*. *Kapitel 3* gibt einen Einblick in das *theoretische Verständnis* der extremen Rechten sowie die Bezüge, die sich zur Sozialen Arbeit herstellen lassen. In *Kapitel 4* erfolgt eine Einführung in den *spezifischen Kontext in Mecklenburg-Vorpommern*. Insbesondere geben wir einen knappen Einblick in verschiedene Erscheinungsformen der extremen Rechten im Bundesland.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass die extreme Rechte umfassend im professionellen Alltag von Sozialarbeiter:innen, Sozialpädagog:innen,

Erzieher:innen, Geistes- und Gesellschaftswissenschaftler:innen und anderen Fachkräften der Sozialen Arbeit verankert ist. Diese Verankerung gründet auf Erfahrungen im professionellen Kontext und in privaten Zusammenhängen und findet so Eingang in die *alltägliche Wissensordnung* der Fachkräfte. Wir beginnen die Vorstellung der Forschungsergebnisse im *Kapitel 5* mit einem Einblick in diese alltagsweltlichen Anschlüsse.

In *Kapitel 6* werden die Ergebnisse entlang der drei zentralen Kategorien *eigene Angebote*, *externe Einflussnahmen* und *interne Praktiken* vorgestellt. In jedem Unterkapitel werden Varianten mit ihren bestimmenden Charakteristika erörtert, die auf der Basis des empirischen Materials erkennbar werden. Konkrete Schlüsselbeispiele veranschaulichen die abstrakten Merkmale der verschiedenen Kategorien und Varianten.

Natürlich sind die Fachkräfte und Einrichtungen der Sozialen Arbeit den Land- und Einflussnahmen nicht einfach ausgesetzt, im Gegenteil. Im Material findet sich eine große Anzahl von Reaktionen, darunter beeindruckende Praktiken der *Gegenwehr*, von der im Arbeitsalltag gelebten demokratischen Haltung der Fachkräfte bis zu der Entwicklung tragfähiger institutioneller Antworten. Auch wenn diese Praktiken nicht im Zentrum der Untersuchung standen, vermittelt das *Kapitel 7* einen Eindruck dieser Antworten.

Die Untersuchung aus Mecklenburg-Vorpommern liefert weitere Belege dafür, die bereits die Studie aus Nordrhein-Westfalen (Gille/Jagusch 2019), die Arbeiten von Schuhmacher/Schwerthelm/Zimmermann (2021) und Hafenerger et al. (2021) empirisch nachvollziehbar machen: Die extreme Rechte nimmt Einfluss auf die Soziale Arbeit. Zum einen wird Soziale Arbeit selbst zum Angriffspunkt und das insbesondere dann, wenn sie sich für ein demokratisches Zusammenleben und universelle Grundrechte einsetzt. Zum anderen kann Soziale Arbeit für die politischen Anliegen und Strategien der extremen Rechten nutzbar gemacht werden. Dann wird sie instrumentalisiert, um bspw. rassistische oder antifeministische Positionen zu propagieren oder sich als ‚Kümmerer‘ zu inszenieren. Die gefundenen Ereignisse belegen: Die Land- und Einflussnahmen der extremen Rechten sind in Mecklenburg-Vorpommern weit fortgeschritten. Sie sind selbstverständlicher Teil des Alltags, in dem sich die Fachkräfte bewegen. Schon heute ist die Soziale Arbeit im Bundesland systematischen Angriffen ausgesetzt. Und auch die damit verbundenen Gefahren und Verluste sind für Adressat:innen und Fachkräfte bereits Wirklichkeit geworden.

Dass wir diese Entwicklungen sichtbar machen können, haben wir allen Fachkräften zu verdanken, die an der Fragebogenerhebung teilgenommen haben und sich für Expert:inneninterviews zur Verfügung gestellt haben. Die Hochschule Neubrandenburg hat die Forschung und die Veröffentlichung der Publikation finanziell unterstützt. Judith Rahner hat durch ihre präzise und umfassende Dokumentenanalyse wesentlich zu Studie beigetragen. Ein beson-

derer Dank gilt unseren engagierten Mitarbeiterinnen Jenny Oster, Franziska Rämänen-Praße und Monika Schmidt, ohne die diese Forschung nicht möglich gewesen wäre. Wir widmen diese Publikation allen Fachkräften in der Sozialen Arbeit, die sich im alltäglichen Umgang mit der extremen Rechten nicht einschüchtern lassen und sich auch weiter für ein demokratisches Miteinander und die Gleichwertigkeit aller Menschen einsetzen.

2 Methodisches Vorgehen und Forschungspraxis

Die Untersuchung in Mecklenburg-Vorpommern ist an die Forschungsmethodik der Studie zur Neuen Rechten in der Sozialen Arbeit in Nordrhein-Westfalen angelehnt (Gille/Jagusch 2019). Im Sinne eines Mixed-Methods-Ansatzes umfasst die Erhebung drei Bausteine.

In einem *ersten Baustein* wurden Fachkräfte in allen Landkreisen und in unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern im Sommer 2020 durch eine Online-Befragung (Limesurvey), bestehend aus quantitativen und qualitativen Elementen, zu ihren Einschätzungen zu Land- und Einflussnahmen der extremen Rechten in der Sozialen Arbeit befragt. Im Vorfeld der Online-Erhebung wurden von Mai bis Juni 2020 die Trägerstrukturen Sozialer Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern mittels einer umfangreichen Recherche systematisch erfasst. Die Datenbank umfasste 864 Einträge zu einzelnen Fachkräften und Einrichtungen aus den sechs Landkreisen und zwei kreisfreien Städten (Schwerin und Rostock) im Bundesland. Die Fachkräfte und Einrichtungen wurden im Zeitraum von Juni bis September 2020 mit der Bitte angeschrieben, an der Online-Befragung bis Anfang Oktober 2020 teilzunehmen und die Umfrage im Schneeballprinzip an andere interessierte Kolleg:innen weiterzuleiten. Dabei wurden zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal Träger in Regionen oder Arbeitsfeldern angeschrieben, die bis dahin unterrepräsentiert waren. Der Online-Fragebogen wurde schließlich von 406 Fachkräften beantwortet. Davon wurden 252 ausgefüllte Fragebögen, die die Kriterien der Beantwortung von Kernfragen und Vollständigkeit erfüllten, in das Sample aufgenommen. Eine erste Auswertung erfolgte deskriptiv statistisch. Die offenen Elemente des Fragebogens (Schilderung von Beispielen und Situationen etc.) flossen in die gemeinsame inhaltsanalytische Auswertung des gesamten qualitativen Datenmaterials ein.

In einem *zweiten Baustein* und auf Basis der Erkenntnisse der Fragebogenerhebung wurden im Herbst/Winter 2020/21 insgesamt 21 leitfadengestützte Expert:inneninterviews mit Fachkräften geführt. Dabei wurde das Sample kontrastierend zusammengesetzt und es wurden Expert:innen aus allen Landkreisen und verschiedenen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit befragt. Durch die episodischen Schilderungen in diesen Interviews konnten weitere Beobachtungen sowie vertiefte Einschätzungen zu Themen, Charakteristika und Muster der Einflussnahmen gewonnen werden. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden die Interviews telefonisch geführt und aufgezeichnet. Sie umfassten

zwischen 60 und 120 Minuten je Interview. Retrospektiv erwiesen sich die Telefoninterviews als methodisch sehr gut geeignet. Die Expert:inneninterviews fokussierten primär die gegebenen Antworten (vgl. Gläser/Laudel 2006) und weniger die non-verbale Elemente, die in Face-to-Face-Interviews relevant werden können. Die telefonische Interviewführung ermöglichte ein gewisses Maß an Anonymität, indem die Interviewten selbst nicht sichtbar waren und die Interviews zumeist aus dem Homeoffice ohne Ablenkungen bzw. Unterbrechungen im Arbeitsumfeld und auch ohne möglicherweise unerwünschte Zuhörer:innen führten. Dieses Erhebungssetting trug mutmaßlich zu der großen Offenheit der Befragten bei (vgl. Schulz/Ruddat 2012). Die in den Interviews genannten Vorfälle und Einflussnahmen, die den Fachkräften aus eigener Erfahrung bekannt waren, mischten sich z. T. mit kollektivem Wissen über rechte Einflussnahmen (bspw. zu völkischen Siedler:innen oder zur Neonaziszene der 90er Jahre, siehe Kapitel 5) oder mit Schilderungen durch dritte Personen. Die in den Interviews und in den Fragebögen genannten Vorkommnisse wurden, wenn sie öffentlichen Charakter hatten, im Nachhinein recherchiert und inhaltlich geprüft, bevor sie in die Auswertung aufgenommen wurden.

Der *dritte Baustein* bestand aus einer Dokumentenanalyse der parlamentarischen Aktivitäten der Partei Alternative für Deutschland (AfD) mit Fokus auf den Schweriner Landtag in Mecklenburg-Vorpommern. Hier wurden 90 Dokumente, vorwiegend Kleine Anfragen, die im Zeitraum zwischen 2017 und 2020 veröffentlicht wurden und den Themenfeldern Sozialer Arbeit zugerechnet werden können, ausgewertet. Diese Analyse wurde von Judith Rahner, die über eine langjährige Expertise im Bereich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus verfügt, durchgeführt.

Die in allen drei Bausteinen gewonnenen textförmigen Daten wurden in einem inhaltsanalytischen Verfahren explizierend und strukturierend ausgewertet (vgl. Mayring 2016, S. 115). Die in Fragebogen und Interviewleitfaden angelegten deduktiven Kategorien (eigene Angebote der extremen Rechten, externe Einflussnahmen und interne Praktiken) wurden aus der NRW-Studie (Gille/Jagusch 2019) übernommen. Dabei wurden die Ergebnisse zu Formen der Einflussnahme aus der Forschung in Nordrhein-Westfalen verifiziert, erweitert und modifiziert. Innerhalb der drei Kategorien der Einflussnahmen wurden induktiv weitere Varianten gebildet, die spezifische Ausprägungen zeigen. Die jeweiligen Erkenntnisse wurden in drei Auswertungsworkshops im Forscher:innenteam diskutiert, um intersubjektive Validierungen zu gewährleisten. Weitere Auswertungen (siehe Kapitel 7) erfolgten mit der Unterstützung von Studierenden im MA Social Work der Hochschule Neubrandenburg im Rahmen der Forschungslehre im akademischen Jahr 2020/21.

Die Teilnehmenden an der Fragebogenerhebung

Die Personen, die an der Fragebogenerhebung teilnahmen und deren Antworten in die Auswertung eingeflossen sind, bilden ein breites Spektrum an Organisationen und Handlungsfeldern Sozialer Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern ab. Von den 252 Befragten geben 23 % an, für einen öffentlichen Träger zu arbeiten, 71 % sind bei einem freien Träger tätig. Von den freien Trägern befinden sich 24 % in kirchlicher Trägerschaft, 21 % in nicht-konfessioneller Trägerschaft, 47 % in anderer frei-gemeinnütziger Trägerschaft sowie 8 % in frei-gewerblicher Trägerschaft.

Um ein differenziertes Bild der Arbeitsfelder der teilnehmenden Sozialarbeitenden zu erhalten, wurden sie nach ihren Handlungs-, Arbeits- und Tätigkeitsfeldern gefragt (vgl. Farrenberg/Schulz 2020). Es war möglich, mehrere Antworten zu geben, um die Arbeitsrealität vieler Träger abzubilden, die verschiedene Handlungs- bzw. Arbeitsfelder innerhalb der Sozialen Arbeit bedienen.

Tabelle A: Handlungsfelder der Einrichtungen (n=252, Mehrfachnennungen möglich)

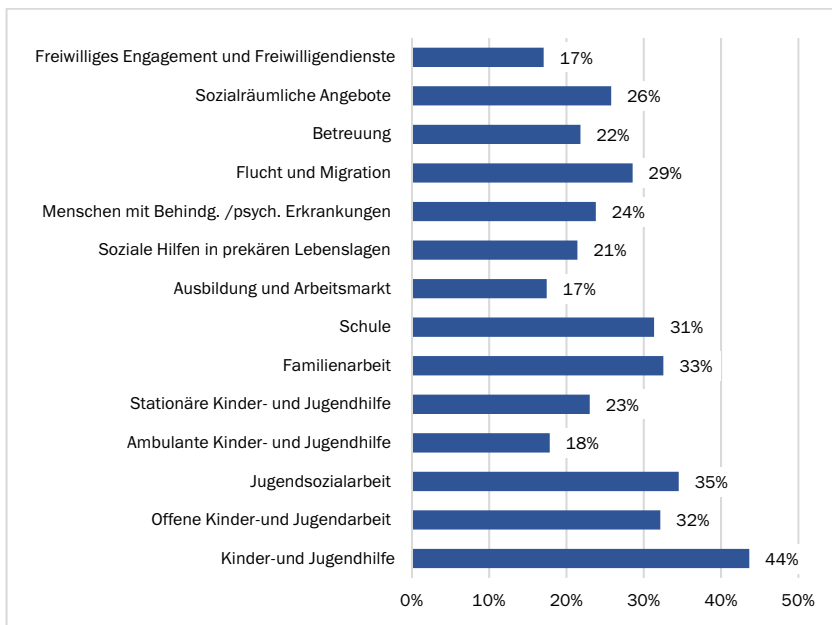
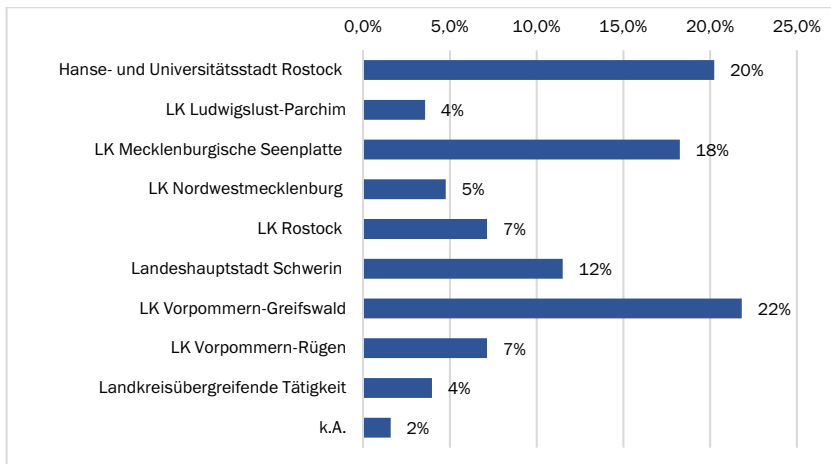


Tabelle A zeigt die Zuordnung der eigenen Tätigkeit zu Feldern und Tätigkeitsbereichen, die von mehr als 15 % der Befragten benannt sind. Am häufigsten erfolgt die Einordnung in das Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe (44 %) und in seine Arbeits- und Tätigkeitsfelder wie der Jugendsozialarbeit (35 %) bzw. der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (32 %). Daneben werden folgende weitere Felder angegeben: Angebote für Frauen/queere Menschen bzw. gendersensible

Angebote (10 %), Verbandsarbeit und Fachstellen (10 %), Altenhilfe (10 %), Tätigkeiten in der Drogen- und Suchthilfe (9 %), Selbsthilfearbeit (8 %), Gesundheitshilfen (7 %), Hilfen bei Wohnungslosigkeit (5 %), Tätigkeiten in der Resozialisierung (5 %) sowie sonstige Einordnungen (8 %). Des Weiteren erfolgen zahlreiche Eintragungen in der Freifeldoption. Genannt seien hier diejenigen, die eine Relevanz für das Forschungsthema haben und im Verlauf als mögliche Anknüpfungspunkte der extremen Rechten an die Soziale Arbeit wieder aufgegriffen werden: politische Bildungsarbeit, Arbeit in Pflegeeinrichtungen, Fort- und Weiterbildung sozialpädagogischer Fachkräfte und die Arbeit im Jobcenter.

Weitere Fragen zielten auf die geografische und räumliche Verortung der Befragten ab. Obwohl Mecklenburg-Vorpommern insbesondere durch seine ländlichen Gebiete geprägt ist, verortet mehr als die Hälfte der Befragten (56 %) ihre jeweiligen Träger in Städten mit über 50.000 Einwohner:innen, gefolgt von dem Sitz der Träger in Städten zwischen 10.000 bis 50.000 Einwohner:innen (20 %) sowie Kleinstädten (10 %). Lediglich 10 % der Befragten verortet den Träger in einem Dorf bzw. ländlich strukturierten Gebieten. Dies bildet eine überwiegend urbane Zentrierung der Träger der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern ab und kann ein Hinweis auf die eingeschränkte Reichweite der Angebote der Sozialen Arbeit in den ländlichen Regionen des Bundeslandes sein. Die Verteilung der Einrichtungen auf die Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern ist Tabelle B zu entnehmen.

Tabelle B: Einrichtungen nach Landkreis (n=252)



Institutionell ist die Landeshauptstadt Schwerin, zweitgrößte Stadt des Landes, mit 12 % in der Auswertung unterdurchschnittlich repräsentiert. In der weiteren Verteilung zeigt sich die prominente Verortung der Träger und Einrichtungen in den bevölkerungsreichen Städten Rostock (20 %) und Greifswald (im

LK Vorpommern-Greifswald) (22 %). Die besonders ländlich geprägten Landkreise Nordwestmecklenburg (5 %) und Ludwigslust-Parchim (4 %) werden in der Umfrage am wenigsten repräsentiert. Die hohe Beteiligung im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte (18 %) kann mit der großen Fläche des Landkreises erklärt werden sowie mit Lage der Hochschule Neubrandenburg und ihrer Bekanntheit und Vernetzung im Landkreis.

Die Teilnehmenden der Expertinnen:interviews

Am Ende des Online-Fragebogens konnten die befragten Personen angeben, ob sie für ein telefonisches Interviewgespräch zur Verfügung ständen. Vierzehn Fachkräfte erklärten sich für ein Expert:inneninterview bereit. Um ein differenziertes Bild über alle Landkreise, städtische und dörfliche Strukturen, verschiedene Handlungs-, Arbeits- und Tätigkeitsfelder (Offene Jugendarbeit, Jugendamt, Migrationssozialarbeit, Selbsthilfe, Demokratieförderung und Tätigkeitsfelder mit Gender-Bezug) zu erhalten, sprachen wir zudem gezielt Personen an, die in bestimmten Landkreisen, Regionen und Handlungsfeldern tätig waren. Die Auswahl der Fachkräfte wurde auf diese Weise kontrastiert, um einen möglichst breiten Einblick in Regionen und Handlungsfeldern zu erhalten. Unter den Interviewpartner:innen fanden sich nicht ausschließlich studierte Sozialpädagog:innen und Sozialarbeiter:innen, sondern auch Personen mit z. B. pädagogischen, gesellschafts- oder sozialwissenschaftlichen Hochschulabschlüssen, die sozialarbeiterische Tätigkeiten durchführen und bei etablierten Trägern Sozialer Arbeit beschäftigt sind (siehe Einführung).

Darstellung des Datenmaterials und Belegführung

Die Darstellung konkreter Beispiele zu den Einflussnahmen der extremen Rechten, die durch die Fachkräfte genannt wurden, wurde einem Anonymisierungsverfahren unterzogen: Die meisten Träger- und Einrichtungsbezeichnungen sowie Personennamen oder die Angaben zu Orten oder Lokalitäten wurden anonymisiert. Den Expert:innen wurden jeweils einer der Großbuchstaben zwischen A und Z zugeordnet. Die zitierten Interviewstellen geben außerdem die Zeilennummern der Interviewtranskripte an. So steht z. B. das Kürzel B 223-227 für das Interview mit der Person B und der zitierte Ausschnitt ist in den Transkriptzeilen 223-227 zu finden. Aufbauend auf den Daten in den Fragebögen und den Interviews erfolgten weitergehende Recherchen, z. B. in Presseberichten, öffentlichen Dokumenten, auf Websites oder in den sozialen Medien. Insbesondere wurden so bestimmte Darstellungen der Befragten nochmals recherchiert und auf ihre Bedeutung geprüft. Die Mediendaten aus diesen Recherchen werden mit den Kürzeln M1, M2, M3 usw. gekennzeichnet.

3 Die extreme Rechte und ihre Verbindungen in die Soziale Arbeit

Im Kapitel 3.1 wird zunächst auf das Verständnis der extremen Rechten eingegangen, das dieser Studie zugrunde liegt. Dabei werden sowohl wesentliche Charakteristika des Phänomens erläutert als auch angrenzende Begriffe vorgestellt, wie der Rechtsextremismus, die Neue Rechte, der Neonazismus oder der Rechtspopulismus, die in der Studie ebenfalls verwendet werden. Im anschließenden Kapitel 3.2 wird dann das Verhältnis von extremer Rechter und Sozialer Arbeit diskutiert. Dabei werden sowohl Anschlusspunkte als auch Abgrenzungen erörtert.

3.1 Zu Begriff und Konzept der extremen Rechten

Im Forschungsfeld finden unterschiedliche Begriffe Verwendung, die mit unterschiedlichen Bedeutungen, Wahrnehmungen oder sozialen Kontexten versehen werden und je nach Perspektive unterschiedlich zum Einsatz kommen (vgl. Virchow/Häusler 2022; Salzborn 2018, S. 5). Diese Debatten können hier zwar nicht in Gänze vorgestellt werden, es soll aber deutlich werden, welche Phänomene in der Studie wie bezeichnet werden. Dazu werden auch angrenzende Begriffe wie die Neue Rechte, der Rechtsextremismus, der Rechtspopulismus oder die radikale Rechte vorgestellt, um die jeweiligen Gegenstände, von denen die Rede ist, zu präzisieren.

In dieser Studie wird die *extreme Rechte* als Sammelbegriff für verschiedene ideologische Strömungen verwendet, in deren Mittelpunkt die Annahme steht, dass „soziale Hierarchien unausweichlich, natürlich oder erstrebenswert sind“ (Virchow 2018, S. 35). Darin eingeschlossen sind Ideologien, die von der kulturellen Homogenität bestimmter Gruppen ausgehen und einen dynamischen Kulturbegriff ablehnen. Solche Ideen sind anschlussfähig an Kulturalisierungen, wie sie im Alltag häufig vorgenommen werden. Deswegen stellen sie sich im Kampf um die Vorherrschaft im vorpolitischen Raum, wie ihn manche Gruppierungen der extremen Rechten führen, als besonders geeignet dar. In solchen Ideologien steht die Vorstellung eines homogenen Volkes im Mittelpunkt, das durch die Sozialisation in einer spezifischen Kultur und Natur geschaffen wird und für das jede Veränderung, jeder Austausch und jedes Wechselspiel als bedrohlich wahrgenommen wird (vgl. Zorn 2018, Schellhöf 2018). Individuen haben sich in diese als natürlich betrachtete Ordnung einzuglie-

dern; das Kollektiv erhält Vorrang vor den Individuen (vgl. Gessenharter 2018, S. 46). Obwohl ein Nebeneinander unterschiedlicher Völker in die Idee eingeschrieben ist, bleiben gerade wegen der Betonung der kulturellen Unterschiede Abwertungen und Rangordnungen bestehen. Aus ethnopluralistischer Sicht wird Kultur zu einer ambivalenten Chiffre, um „das nationale Sonderbewusstsein zu bestätigen und hervorzuheben“ (Weiß 2016, S. 463). Deziidiert abwertende Positionen gehen damit einher und finden sich bspw. in der verbreiteten Islamfeindlichkeit, der Ausländerfeindlichkeit oder im Euroskeptizismus (vgl. Hartleb 2018, S. 101; Häusler 2016). In rassistischen Bewegungen wie Pegida oder der Identitären Bewegung kommen Abwertungen, die auf ethnopluralistischen Vorstellungen beruhen, offen zum Ausdruck.

Solche Ideen finden sich prominent bei Vertreter:innen der sich selbst so bezeichnenden *Neuen Rechten*, die seit den 1960er Jahren als vorwiegend intellektuelle Strömung eine Modernisierung und Erweiterung extrem rechter Diskurse angestoßen haben (vgl. Hufer 2018; Salzborn 2017; Langebach/Raabe 2016). Sie wenden sich von biologisierenden Rassismen ab, wie sie z. B. bei Neonazis zu finden sind, und legitimieren Hierarchien zwischen Menschen und autoritäre Gesellschaftsstrukturen über den Schlüsselbegriff der Kultur. Darüber hinaus zeichnet die Neue Rechte einen Weg vor, wie neurechter Gesellschaftsaufbau politisch vorangetrieben werden kann: Der Kampf um die Vorherrschaft beginnt mit dem Kampf um die Köpfe und um die Straße – also im vorpolitischen Raum. Ausdrücklich finden deswegen Auseinandersetzungen um die Alltagssprache oder Alltagssymbole statt; Mode, Musik und Popkultur werden zu Arenen des Kulturkampfes von rechts (vgl. Metz/Seeßlen 2018, S. 52-70, 202-210; Sieber 2016; Kellershohn 2016). Die politische Macht ist aus diesem gramscianischen Verständnis heraus nur eine Folge der kulturellen Vorherrschaft.

Der Begriff des *Rechtsextremismus* wird dagegen vorwiegend verwendet, um explizit demokratie- und verfassungsfeindliche Denkweisen, Praktiken, Personen und Gruppierungen zu markieren (vgl. Virchow 2016, S. 15). Der Begriff wird auch von den Verfassungsschutzbehörden und im institutionalisierten politischen Raum verwendet, wodurch die Ablehnung des Grundgesetzes betont wird (z. B. BMI 2020, S. 46). Verfassungsfeindliche Auffassungen und Praktiken können bspw. an der Ablehnung der Menschenrechte, der parlamentarischen Demokratie, der Gewaltenteilung, einer pluralistischen Ordnung und des Rechts auf Opposition festgemacht werden.

Vielorts problematisiert wird die dem Begriff des Rechtsextremismus zugeordnete Extremismustheorie (vgl. Backes/Jesse 1993). Sie stellt demokratische und extremistische Einstellungen vereinfachend gegenüber und geht davon aus, dass eine gesellschaftliche ‚Mitte‘ von ihren ‚Rändern‘ klar abgrenzbar sei. Wissenschaftler:innen wie Samuel Salzborn (2018, S. 11) oder Klaus-Peter Hufer (2018, S. 10-12) kritisieren außerdem, dass linke und rechte Positionen

gleichgesetzt werden; Auffassungen also, die sich auf der einen Seite für die Erweiterung von Autonomie der Einzelnen und für die Emanzipation von nicht legitimierbarer Herrschaft und auf der anderen Seite für die Unterordnung der Individuen unter vermeintlich natürliche Hierarchien einsetzen.

Zugleich verwenden einige Personen den Begriff Rechtsextremismus, die sich der Extremismustheorie nicht zuordnen lassen (vgl. Virchow 2016, S. 16). Dazu zählt Hans-Gerd Jaschke, der unter Rechtsextremismus die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen versteht, „die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“ (Jaschke 1993, S. 31, zit. n. Virchow 2016, S. 16 f.). Die Grundidee von Jaschke wird im Begriff der extremen Rechten aufgegriffen. Durch den adjektivischen Gebrauch erfolgt aber eine Distanzierung zu den Annahmen der Extremismustheorie und es werden Verbindungen zu anderen Strömungen möglich, die darauf basieren, soziale Hierarchien zu naturalisieren (vgl. Virchow 2018, S. 35).

Nach diesen Definitionen ist Gewaltförmigkeit kein Bestimmungsmerkmal der extremen Rechten. Dennoch stellen gewaltförmiges Handeln oder die Legitimation von gewaltvollem Handeln drastische Formen dar, in denen Ideologien der Ungleichwertigkeit Geltung verschafft wird. Solche Formen finden sich häufig bei *neonazistischen Gruppen*, die sich in die nationalsozialistische Tradition stellen (vgl. Salzborn 2020, S. 58-63). Lokale Gruppierungen, Parteien oder Kameradschaften, wie sie auch in Mecklenburg-Vorpommern zu finden sind, beziehen sich auf die Politik des Nationalsozialismus, auf ihre Führungspersonen, ihre Symbole und Aktionen und streben eine umfassende Wiederbelebung an. Der Einsatz und die Legitimation von Gewalt gehören häufig zu den Strategien, um die Lebendigkeit nationalsozialistischer Ideen zu demonstrieren.

Einen weiteren Zugang zur Bestimmung der extremen Rechten ermöglicht das Konzept des *Rechtspopulismus*. Ausgangspunkt des Rechtspopulismus sind zwei Achsen der Gesellschaftsbeschreibung. Neben der horizontalen Achse, die zwischen einem ‚wir‘ und einem ‚sie‘, dem vermeintlich ‚Eigenen‘ und dem ‚Fremden‘ unterscheidet, tritt eine zweite, vertikale Achse hinzu, die zwischen dem ‚Unten‘ und dem ‚Oben‘ differenziert (vgl. Hartleb 2018). Rechtspopulist:innen sehen sich als Vertreter:innen eines ‚wahren Volkswillens‘, den es gegen eine vermeintliche Elite zu verteidigen gilt. Mit einem anti-pluralistischen Verständnis nehmen Populist:innen in der Folge in Anspruch, die Interessen eines im Akt seiner Inszenierung überhaupt erst hervorgebrachten Volkes zu vertreten und verwehren so eine offene Willensbildung (vgl. Demirović 2018,